

Ruf nach Pflegezeit erzürnt die Wirtschaft

„Kostenrisiko für Betriebe“ und „altes Gesellschaftsmodell“ – der Wunsch der Familienministerin nach gesetzlicher Pflege-Auszeit stößt auf Widerstand.

Von Rasmus Buchsteiner

Berlin. Rechtsanspruch auf Familien-Pflegezeit mit Teil-Lohnersatz? Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) prescht vor, setzt auf eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf – per Gesetz. „Die meisten älteren Menschen wünschen sich, zu Hause von ihren Angehörigen versorgt zu werden. Tatsächlich lebt nur ein Drittel der Pflegebedürftigen in einem Heim“, begründet Schröder ihren Vorstoß. Das Prinzip der Familien-Pflegezeit ist einfach: Wer für einen Angehörigen sorgt, könnte für zwei Jahre seine Arbeitszeit halbieren – bei 75 Prozent der bisherigen Bezüge. „Später müsste er wieder voll arbeiten, bekäme aber weiterhin so lange 75 Prozent des Gehalts, wie er zuvor Teilzeit gearbeitet hat“, erklärt die Ministerin.

Zehn Tage unbezahlten Urlaub, um die Pflege eines Angehörigen zu organisieren, gibt es bereits – auch besteht die Möglichkeit einer sechsmonatigen Pflege-Freistellung. Schröder will jetzt darüber hinausgehen. Mit ihrem Vorstoß erhöht sie den Druck auf die Wirtschaft: „Ich glaube, dass es sich Unternehmen im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter nicht mehr lange leisten können, hier nicht flexibel zu sein.“

In der deutschen Wirtschaft stößt die Ministerin mit ihren Plänen für einen Rechtsanspruch allerdings auf Ablehnung. „Es besteht ein Kostenrisiko für Betriebe, wenn Arbeitnehmer ihr Unternehmen verlassen, bevor die durch die Pflegezeit unterbliebene Arbeit nachgeholt ist“, warnt Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt. Man setze „auf flexible Arbeitszeitmodelle und nicht auf gesetzliche Regulierung“. Achim Dercks, Vizeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, betonte gegenüber der PNP zwar, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zunehmend an Bedeutung gewinne: „Eine gesetzliche Regelung wäre allerdings die falsche Lösung.“

„Was die konkrete Umsetzung angeht, sind viele Fragen offen“,

gab FDP-Fraktionsvize Miriam Gruß gegenüber der PNP zu bedenken. „Den Rechtsanspruch sehen wir skeptisch. Wir setzen auf freiwillige Lösungen.“ Die Grünen sehen in der Pflegezeit ein Modell vergangener Gesellschaften. „Was die Menschen brauchen, ist eine dreimonatige Auszeit mit Lohnersatzleistung, um die Pflege eines Angehörigen zu organisieren und qualitativ hochwertige Pflegestützpunkte, die alle notwendigen Dienstleistungen anbieten.“

Trotz der Kritik aus der Wirtschaft will Schröder ihre Pläne vorantreiben. Dem Steuerzahler würden „fast keine Kosten entstehen“, rechnet sie vor. Der Staat verzichte lediglich auf Steuereinnahmen, wenn nur drei Viertel des Gehalts gezahlt werden. Die Pflegekassen würden entlastet, weil Pflege zu Hause weniger koste als im Heim.

Rückendeckung kommt von der CSU. „Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen sich den Bedürfnissen von Familien anpassen und nicht umgekehrt“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) der PNP. Die Ausweitung der Pflegezeit sei „ein großer Schritt in die richtige Richtung“.